

Wieder Anzeiger
 erscheint täglich, außer
 Sonn- und Feiertagen;
 Preis: 10 Pf. für den Kreis Gießen,
 15 Pf. für den Kreis Siegen.
 Bezugspreis:
 monatlich 1 M., viertel-
 jährlich 3 M.; durch
 Abgabe u. Zweigstellen
 monatlich 90 Pf.; durch
 die Post 1 M., 3. — Viertel-
 jährlich ausf. Postlsg.
 Fernsprechnr. - Anstalt:
 für die Schriftleitung 113
 Berlin, Reichshofstraße 51
 Reichstr. für Druckan-
 richter: Anzeiger Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Postkassente: Frankfurt a. M. 11686
 Sonntags-Verlag: Gießen
 Zwillingrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Ein Erlass zur preussischen Wahlrechtsreform. Die Engländer über die Nase zurückgeworfen.

(WZ.) Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Antikl.)

Westlicher Kriegsausflug.
 Am Dienstagmorgen des Marinekorps stürmten gestern Teile der kampfbereiten Marine-Infanterie nach planmäßiger wirkungsvoller Feuertvorbereitung die von den Franzosen stark ausgebauten, seit kurzen von den Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Küste und Lombardzude.
 Der Feind wurde über die vier zurückgeworfen.
 Über 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind erbeutet worden. Die englischen Verluste in dem stark besetzten Gelände zwischen Meer und Küste sind sehr hoch. Die Beute sehr noch nicht fest. Wieder trugen unsere Krieger in kraftreicher Weise trotz beständiger Sturmes zum vollen Erfolg des Tages wesentlich bei.

Bei den anderen Armeen der Westfront hielt sich infolge regnerischen Wetters die Gefechtsaktivität in geringen Grenzen.

Einige Erkundungsunternehmen von sächsischen, rheinischen und Garde-Truppen bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Meuse und Mosel zeigten gute Ergebnisse.

Westlicher Kriegsausflug.
 Zwischen Ostsee und Schwarzen Meer keine größeren Kampfhandlungen.
 Die Bewegungen südlich des Dnjepr sind bisher wie gewohnt vollkommen worden.

Razedanische Front.
 Bulgарische Streiftruppen rieben östlich des Doiran-Sees einen englischen Posten auf. In der Truma-Gegend lösch die englische Artillerie mehrere Dickschiffen in Brand.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Abendbericht.
 Am 11. Juli abends. (WZ, Antikl.)
 Im Westen vielfach gesteigerte Artillerieaktivität. Am 11. n. stehen südlich des Dnjepr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Gomica wieder in Gefechtsführung mit den Russen.

Ein mitentscheidender Schritt ist getan. Der Kaiser und König hat verfügt, daß eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes so frühzeitig einzubringen ist, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können. Damit ist in diesem Punkte Klarheit geschaffen, und diese Reform, die von allen Verfassungen der Reichs längst, lange vor dem Kriege, gewünscht und gefordert worden war, hat an sich keine Gegenpart als einzig und allein einige Konservativen. Die preussische Wahlrechtsreform mußte kommen, das Versprechen des Königs, das er schon im Oktober 1908 mit bestimmtem Ausdrücke gegeben hatte, indem die Thronrede die Reform als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet hatte, mußte gehalten werden. Die Frage war nur die, ob es zweckmäßig war, sie jetzt, inmitten der Schwierigkeiten und Arbeitsbedingungen des Krieges, zu lösen. Wenn die politische Welt im Reich vorläufig und vorübergehend gewesen wäre, so hätte es mit der ungeliebten Aufzählung dieser die Gemüter heute doch erst in zweiter Linie beschäftigenden Fragen einer inneren Krise gar nicht bedürftig. Das Geschehen ist, in geschichtl. Sinn was wir will und kann geschehen, dieser Feuertvorbereitung in „Kampf“ verleiht, auf die politische Situation angewendet, die der Erlass des Kaisers schafft, ganz das Schwere und Dürkere. Nachdem Herr v. Bethmann-Hollweg die politischen Grundlagen in seiner Weise geliefert hatte, durfte, in die nächste Zukunft dieser Entschluß jetzt gefaßt werden. Und wir dürfen uns über ihn herzlich und aufrichtig freuen. Wenn nur die Zusammenhänge mit dieser Frage jetzt schnell, aufzulösen und richtig gelöst werden. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei der Schritt aus Rücksicht und Angst vor dem Auslande getan worden. Amerika und England hatten in wohlbedachter Absicht Janaköpel unter das deutsche Volk werfen wollen. Wir sollten nach ihrem Willen und die Fortführung des Krieges durch innere Schwierigkeiten erschweren. Da mancher Deutsche sich durch diese Manöver der Feinde täuschen ließ und wirklich Schwierigkeiten drohen, mußte der Kluge nachgeben. Wir dürfen das Ausland heraus vorsetzen, daß das Volk so wie seine Einmündigung von uns zurückgewiesen wird. Ohne den Krieg wäre die Wahlrechtsreform in Preußen wohl schon durchgeführt.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917. (WZ.)

Der Abendbericht.
 Am 11. Juli abends. (WZ, Antikl.)
 Im Westen vielfach gesteigerte Artillerieaktivität. Am 11. n. stehen südlich des Dnjepr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Gomica wieder in Gefechtsführung mit den Russen.

Ein mitentscheidender Schritt ist getan. Der Kaiser und König hat verfügt, daß eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes so frühzeitig einzubringen ist, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können. Damit ist in diesem Punkte Klarheit geschaffen, und diese Reform, die von allen Verfassungen der Reichs längst, lange vor dem Kriege, gewünscht und gefordert worden war, hat an sich keine Gegenpart als einzig und allein einige Konservativen. Die preussische Wahlrechtsreform mußte kommen, das Versprechen des Königs, das er schon im Oktober 1908 mit bestimmtem Ausdrücke gegeben hatte, indem die Thronrede die Reform als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet hatte, mußte gehalten werden. Die Frage war nur die, ob es zweckmäßig war, sie jetzt, inmitten der Schwierigkeiten und Arbeitsbedingungen des Krieges, zu lösen. Wenn die politische Welt im Reich vorläufig und vorübergehend gewesen wäre, so hätte es mit der ungeliebten Aufzählung dieser die Gemüter heute doch erst in zweiter Linie beschäftigenden Fragen einer inneren Krise gar nicht bedürftig. Das Geschehen ist, in geschichtl. Sinn was wir will und kann geschehen, dieser Feuertvorbereitung in „Kampf“ verleiht, auf die politische Situation angewendet, die der Erlass des Kaisers schafft, ganz das Schwere und Dürkere. Nachdem Herr v. Bethmann-Hollweg die politischen Grundlagen in seiner Weise geliefert hatte, durfte, in die nächste Zukunft dieser Entschluß jetzt gefaßt werden. Und wir dürfen uns über ihn herzlich und aufrichtig freuen. Wenn nur die Zusammenhänge mit dieser Frage jetzt schnell, aufzulösen und richtig gelöst werden. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei der Schritt aus Rücksicht und Angst vor dem Auslande getan worden. Amerika und England hatten in wohlbedachter Absicht Janaköpel unter das deutsche Volk werfen wollen. Wir sollten nach ihrem Willen und die Fortführung des Krieges durch innere Schwierigkeiten erschweren. Da mancher Deutsche sich durch diese Manöver der Feinde täuschen ließ und wirklich Schwierigkeiten drohen, mußte der Kluge nachgeben. Wir dürfen das Ausland heraus vorsetzen, daß das Volk so wie seine Einmündigung von uns zurückgewiesen wird. Ohne den Krieg wäre die Wahlrechtsreform in Preußen wohl schon durchgeführt.

Gerade der Rückblick in die letzten Tage der Blockade des Ärmelkanals und in die unter Bethmann-Hollweg sein politisches Dünkelfeld war, wie unsere Gegner immerfort hielten. Auch in den Reichsvertretungsorganen wollen wir vorantreiben. Es lebt uns heute kein Bismarck, und unsere Staatsmänner haben es oft genug von uns und haben müssen, daß das Volk es müde ist, sie in der Unkenntnis und Abgeschlossenheit thronen und regieren zu lassen. Freilich, bis gegenwärtige Grenzen, die parlamenta-

rische Methode nach dem Muster Frankreichs, wollen wir auch nicht verfallen. Heute bewegt uns alle der Wunsch einer besseren Führungnahme von Regierung und Volk, besonders in den Fragen der Friedenspolitik. Wenn da einige parlamentarische Minister mitwirken, kommt sicherlich nichts Schlimmeres heraus, als es der Kaiser und seine bisherigen Mitarbeiter vollbracht haben. So hoffen wir, daß auch die übrigen zur Beilegung der inneren Krisis zu lösenden Fragen kurz und glatt erledigt werden können. Noch wissen wir da über die Absichten der Krone nichts Bestimmtes. Sie sieht jetzt vor ihrer vornehmsten Aufgabe, mit der sie das monarchische Gefühl im deutschen Volke wieder stärken und heben kann. Der Kronprinz ist vom Kaiser zur Verfügung zugezogen worden. Das war richtig und gut, denn die jetzt zu lösenden Angelegenheiten werden auch hinter einen Thronwechsel hineinziehen. Ob Bethmann-Hollweg bleibt oder geht, ist noch völlig unklar. Wir halten daran fest, daß Systeme und Formeln allein uns nicht weiterführen können, sondern daß nur die rechte Erleuchtung der oberen Führung uns fördert, daß wir, wie Hindenburg einmal gesagt hat, „entschlusssfähige Männer“ haben müssen, die der Verantwortung und Schwierigkeiten nicht aus dem Wege gehen!

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.
 Wien, 11. Juli. (WZ, Nichtamtlich.) Antikl wird verlaubt:

Westlicher Kriegsausflug.
 In den Karpathen hält die regere Gefechtsaktivität an. Südlich des Dnjepr wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung durch den Gegner vollzogen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsausflug.
 Am 11. Juli gewinnt das feindliche Geschwader Kesselmeer an Stärke.

Südöstlicher Kriegsausflug.
 Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Ein Erlass zur Abänderung des preussischen Wahlrechtes.
 Berlin, 11. Juli. (Antikl.) S. M. der König hat an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlass gerichtet:

Auf den Mir in Verfassung meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag meines Staatsministeriums betrachte ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Markgräfler Reichstagskammer vorzulegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können. Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917. (WZ.)

Der Abendbericht.
 Am 11. Juli abends. (WZ, Antikl.)
 Im Westen vielfach gesteigerte Artillerieaktivität. Am 11. n. stehen südlich des Dnjepr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Gomica wieder in Gefechtsführung mit den Russen.

Ein mitentscheidender Schritt ist getan. Der Kaiser und König hat verfügt, daß eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes so frühzeitig einzubringen ist, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können. Damit ist in diesem Punkte Klarheit geschaffen, und diese Reform, die von allen Verfassungen der Reichs längst, lange vor dem Kriege, gewünscht und gefordert worden war, hat an sich keine Gegenpart als einzig und allein einige Konservativen. Die preussische Wahlrechtsreform mußte kommen, das Versprechen des Königs, das er schon im Oktober 1908 mit bestimmtem Ausdrücke gegeben hatte, indem die Thronrede die Reform als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet hatte, mußte gehalten werden. Die Frage war nur die, ob es zweckmäßig war, sie jetzt, inmitten der Schwierigkeiten und Arbeitsbedingungen des Krieges, zu lösen. Wenn die politische Welt im Reich vorläufig und vorübergehend gewesen wäre, so hätte es mit der ungeliebten Aufzählung dieser die Gemüter heute doch erst in zweiter Linie beschäftigenden Fragen einer inneren Krise gar nicht bedürftig. Das Geschehen ist, in geschichtl. Sinn was wir will und kann geschehen, dieser Feuertvorbereitung in „Kampf“ verleiht, auf die politische Situation angewendet, die der Erlass des Kaisers schafft, ganz das Schwere und Dürkere. Nachdem Herr v. Bethmann-Hollweg die politischen Grundlagen in seiner Weise geliefert hatte, durfte, in die nächste Zukunft dieser Entschluß jetzt gefaßt werden. Und wir dürfen uns über ihn herzlich und aufrichtig freuen. Wenn nur die Zusammenhänge mit dieser Frage jetzt schnell, aufzulösen und richtig gelöst werden. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei der Schritt aus Rücksicht und Angst vor dem Auslande getan worden. Amerika und England hatten in wohlbedachter Absicht Janaköpel unter das deutsche Volk werfen wollen. Wir sollten nach ihrem Willen und die Fortführung des Krieges durch innere Schwierigkeiten erschweren. Da mancher Deutsche sich durch diese Manöver der Feinde täuschen ließ und wirklich Schwierigkeiten drohen, mußte der Kluge nachgeben. Wir dürfen das Ausland heraus vorsetzen, daß das Volk so wie seine Einmündigung von uns zurückgewiesen wird. Ohne den Krieg wäre die Wahlrechtsreform in Preußen wohl schon durchgeführt.

Ein Erlass zur preussischen Wahlrechtsreform.

Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt: Damit ist allerhöchster ein entscheidender Schritt vollzogen, ein Schritt, der in der Form der offiziellen Veröffentlichung deutlich den Stempel Bestimmtheit tragt. Inwiefern ist damit wohl gegeben, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in die Zukunft damit in Größe getragen wird.

Die „Berl. Revue“ hält die Bildung eines einheitlichen Reiches im Reich aus herangezogenen Parlamentarier und anderen Vertrauenskreisen für eine Maßnahme, erforderlich bei einer Reform an Staat und Wahlen. Durch die Verwirklichung des gleichen Wahlrechtes für Preußen ist die Lage geklärt, aber von ihrer völligen Klärung noch weit entfernt.

Die Kanzlerkrisis.

Berlin, 10. Juli. (WZ, Nichtamtlich.) Im Anschluß an den gestrigen Kronrat hat der Kaiser heute in mehrstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichstanzler erörtert. Auf Befehl des Kaisers trifft hier morgen der Kronprinz zur Besprechung der vom Kaiser in Aussicht genommenen Entscheidungen ein.

Berlin, 11. Juli. Gegen 1 Uhr wurde im Reichstag die Nachricht bekannt, daß am 12. Uhr im Reichstagsparlament eine neue Kronratsitzung im Beisein des Kronprinzen begonnen hat. Weiter verlautete, daß am Nachmittag die interfraktionellen Besprechungen aufgenommen werden sollen.

Berlin, 11. Juli. (WZ.) Der Kaiser erwägt gestern abend den österreichisch-ungarischen Reichstagsrat, hörte heute vormittag den Vortrag des Chefs des Reichskabinetts und die militärischen Berichte und empfing den Besuch des Kronprinzen.

Das Zentrum und der Kanzler.

Berlin, 12. Juli. Die „Soss. Jtg.“ schreibt zum Thema des Zentrumsvorstandes: In der Tat handelt es sich, wie wir weiter nach den Nachrichten erfahren haben, nicht um ein Schreiben des Zentrumsvorstandes, sondern um einen Beschluß, dessen am nächsten Morgen dem Reichstanzler über den Reichstagsrat telephonisch übermittelt werden ist. Die „Germania“ schreibt dazu, daß der Vorstand des Zentrumsvorstandes sich auf Betragen mit der Stellung gegenüber dem Kanzler befaßt habe. Der hat „berührt“? Angeblich doch eine Stelle, die berechtigteste Interesse hat die Meinung des Zentrumsvorstandes zu erörtern. Denn wenn irgend ein Vorschlag steht, so ist es doch der Vorstand des Zentrumsvorstandes nicht anzunehmen, um eine Entscheidung zu lassen. Man geht wohl bestialisch in der Vermutung nicht fehl, daß der Reichstanzler über die Reichstagsrat gefragt haben und daß dieser Sachverhalt beantwortet werden ist. Was ist erwidert worden? Wir hatten den Sinn der Antwort — wohl gemacht, den Sinn, was wir ausdrücklich angeben — in den Worten zusammengefaßt: „Die Reichstagsrat sieht in dem weiteren Beschließen des Reichstanzlers auf seinen Seiten eine Erwidern der Verwirklichung des Friedens.“ Die „Germania“ selbst teilt mit, nach Meinung des Reichstagsvorstandes des Zentrumsvorstandes, sei der Kanzler allerdings kaum geeignet, bei den Friedensverhandlungen mitzuwirken, besonders auch mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Reichstagsrat unter seiner Anwesenheit nicht ist. Daß der Reichstanzler doch wohl doch, kann gemeint ist, bei den Friedensverhandlungen mitzuwirken, weil er eine Erleuchtung der Verwirklichung des Friedens ist, das wird doch wohl der Vorstand des Zentrumsvorstandes nicht behaupten wollen. Also ist unsere Darstellung vollkommen richtig, daß dem Sinne nach der Zentrumsvorstand erklärt, das Beschließen des Reichstanzlers bilde eine Erwidern der Verwirklichung des Friedens. Davon ist nichts zu erwarten.

Berlin, 11. Juli. (WZ.) Die „Sossische Zeitung“ behauptet, daß von der Reichstagsrat die Zentrumsvorstandes die Reichstagsrat gerichtet ist, in dem die Reichstagsrat gegen das Beschließen des Reichstanzlers in keinem Punkt auszuweichen hätte. Das Blatt glaubt, den Inhalt des Schreibens dem Sinne nach angeben zu können. Wie uns von dem Vorstand der Reichstagsrat des Zentrumsvorstandes mitgeteilt wird, ist ein berechtigtes Schreiben, das allerdings auch den Anforderungen der Reichstagsrat nicht entsprechen würde, weder verlost noch abgelehnt worden.

München, 11. Juli. (WZ.) Die Reichstagsrat des Reichstagsrat: Staatsminister Dr. Graf v. Seitzing hat sich heute abend für einige Tage nach Berlin begeben.

Die Vorkläge Erzberger.

Berlin, 12. Juli. Wie die Wähler wissen, hat die nationalliberale Reichstagsrat fraktion gestern nach nochmaliger Erörterung der Lage eingehend abgelehnt, ihr der vom Abg. Erzberger der Parteien vorgeschlagenen Friedens-erklärung anzuschließen.

Spann leht den Ministerposten ab.

Berlin, 12. Juli. Wie der „L.A.“ hört, habe der abgestimmte Spann die ihm angebotene Übernahme des Justizministeriums abgelehnt.

Eine Stimme aus Oesterreich.

Wien, 11. Juli. (WZ.) In Besprechung der politischen Lage in Deutschland führt die „Neue Freie Presse“ aus, von allen Vätern der Erde habe der Deutsche in seinen größten Angelegenheiten keine Berührung zur demokratischen Politik. Deutschland werde durch die Demokratie nur gewinnen und nicht verlieren. Seine Demokratie werde gut und lauter, aber ganz kein Unkraut werden. Da die demokratischen Einrichtungen des Friedens führen, ist heute kann zu beschleunigen. Die Demokratie ist für die Rettung der Existenz nur ein Bismarck aus Unkraut. Zum Frieden oder Fortschritt bekannte Reich sind sie. Es ist aber nicht unmöglich, daß die Volkswirtschaft dem behändlich überhand nehmen, daß die Existenz der Reich für die Verwirklichung der Demokratie führe und den Frieden nur mit den freien Nationen klären.

